Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1019

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

62. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 6. März 1963

63. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 8. März 1963

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter **Hammersen**

Wird die Bundesregierung noch in der 4. Legislaturperiode den angeblich bereits seit Jahren fertiggestellten Entwurf des sogenannten zivilen Waffengesetzes dem Bundestag vorlegen, nachdem der Bundeswirtschaftsminister in der Fragestunde des Bundestages am 17. Februar 1960 bereits für die 3. Legislaturperiode eine entsprechende Zusicherung gegeben hatte und seiner Anregung entsprechend die Innenminister bzw. Senatoren der Länder die Verabschiedung der Länderwaffengesetze bis zur Verabschiedung des Bundeswaffengesetzes zurückgestellt haben?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

II. 1. Abgeordneter **Bauer (Wasserburg)**

Welche Schritte hat die Bundesregierung nach Erlaß der Verordnung Nr. 122 bei der EWG-Kommission unternommen, um für das Getreidewirtschaftsjahr 1963/64 höhere Schwellenpreise für Brau- und Saatgerste, Saatweizen und Saatroggen zu sichern?

II. 2. Abgeordneter **Bauer (Wasserburg)**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den Preis für Brau- und Saatgerste, Saatweizen und Saatroggen über die deutsche Gesetzgebung angemessen festzusetzen?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Bauknecht**

Ist der Herr Bundesverteidigungsminister bereit, sich dafür einzusetzen, daß in den Bundeswehrkantinen bzw. -unterkünften die sich bei der Industrie bereits bewährten und durch den Grünen Plan geförderten Milchautomaten aufgestellt werden?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen

IV. 1. Abgeordneter **Eisenmann**

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die privaten Kinderheime, die zu mehr als 40 % durch soziale Entsendestellen wie Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, Fürsorgeverbände,

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54 Tel. 6 35 51

Werksfürsorgen, Gesundheitsämter und dergleichen belegt werden, gegenüber den gemeinnützigen Kinderheimen und den Kinderheimen der öffentlichen Hand im Wettbewerb benachteiligt sind?

IV. 2. Abgeordneter **Eisenmann**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Ungleichheiten im Wettbewerb zwischen privaten und gleichartigen öffentlichen und gemeinnützigen Kinderheimen zu beseitigen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

Abgeordnete Frau Dr. Maxsein

Bis wann kann mit der Ratifizierung des im Rahmen der OECD abgeschlossenen Übereinkommens über die Haftpflicht auf dem Gebiet der Atomenergie und des Zusatzabkommens gerechnet werden?

VI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VI. 1. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**

Nachdem die Bundesregierung auf meine Anfrage vom 7. Dezember 1962, welche Schritte sie auf Grund der Ergebnisse des Prozesses Staschynskij unternommen habe, um sicherzustellen, daß fremde Geheimdienste auf deutschem Boden künftig keine Mordtaten verüben, geantwortet hat, die Frage könne erst geprüft werden, wenn die schriftliche Urteilsbegründung zu diesem Prozeß vorliege, und nachdem nunmehr die schriftliche Urteilsbegründung vorgelegt worden ist, wiederhole ich meine Frage, was die Bundesregierung in dieser Angelegenheit gegenüber der verantwortlichen sowjetischen Regierung unternommen hat.

VI. 2. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Trifft es zu, daß beabsichtigt ist, den gegenwärtigen deutschen Vertreter im Exekutivrat der UNESCO abzulösen?

VI. 3. Abgeordneter **Hansing**

Ist die Bundesregierung bereit, mit der dänischen Regierung in Verhandlungen zu treten, um zu verhindern, daß die Absicht verwirklicht wird, am 1. April 1963 die grönländischen Fischereigrenzen von drei auf zwölf Seemeilen zu erweitern?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII. 1. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

In wieviel Fällen hat die Versorgungsverwaltung in den letzten zwei Jahren Ausbildungsbeihilfen nach dem BVG für soziale und pflegerische Berufe bewilligt?

VII. 2. Abgeordneter **Sänger**

War der Bundesregierung bei der Einstellung des Regierungskriminalrates Theo Saevecke in das Bundeskriminalamt bekannt, daß Herr Saevecke nicht nur den Rang eines SS-Sturmführers, sondern vorher bereits den eines SA-Sturmführers z. b. V. bekleidet hatte?

VII. 3. Abgeordneter **Sänger**

War der Bundesregierung bei der Erteilung des Auftrages an den Regierungskriminalrat Theo Saevecke, das Referat Hoch- und Landesverrat in der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes zu übernehmen, bekannt, daß Herr Saevecke erst am 1. Oktober 1934 Polizeibeamter geworden ist und vorher einen anderen Beruf ausübte?

VII. 4. Abgeordneter **Hammersen**

Wann beabsichtigt die Bundesregierung eine Novellierung des § 159 des Bundesbeamtengesetzes in der Richtung vorzunehmen, daß diese mit dem Geist und der Zielsetzung des EWG-Vertrages nicht zu vereinbarenden Bestimmungen dann keine Anwendung finden, wenn der Versorgungsberechtigte seinen Wohnsitz in einem der Länder des Gemeinsamen Marktes nimmt?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VIII. 1. Abgeordneter **Wittrock**

Trifft es zu, daß das wiederholt von dem Bundesjustizminister angekündigte Gutachten des Bundesgesundheitsamtes zu der Frage, welcher Blutalkoholgehalt eine Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit begründet, inzwischen dem Bundesjustizminister vorgelegt worden ist?

VIII. 2. Abgeordneter **Wittrock**

Warum ist die Vorlage des Entwurfs eines Straftilgungsgesetzes bisher unterblieben, obgleich die Bundesregierung gemäß den Ausführungen des Staatssekretärs im Bundesjustizministerium in der Fragestunde des Bundestages vom 14. März 1962 gehofft hatte, spätestens bis zum Juli 1962 einen solchen Gesetzentwurf den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten zu können?

VIII. 3. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein**

Welches ist der gegenwärtige Stand der Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge, für das nach Auskunft des Bundesjustizministeriums in der Fragestunde vom 7. Dezember 1961 der Entwurf des Zustimmungsgesetzes bereits vor mehr als einem Jahr fertiggestellt war?

VIII. 4. Abgeordneter **Jahn**

Was hat die Bundesregierung über die angebliche Entführung des französischen Staatsangehörigen Argoud aus München und seine gewaltsame Verschleppung nach Paris festgestellt?

IX. Geschäftsbereich dse Bundesministers der Finanzen

IX. 1. Abgeordneter **Porten**

Wie hoch waren die Steuerrückerstattungen aus dem Lohnsteuerjahresausgleich in den letzten drei Jahren?

IX. 2. Abgeordneter **Ertl**

Wann ist damit zu rechnen, daß das Rasthaus am Chiemsee von den verbündeten Streitkräften freigemacht wird und für deutsche Touristen wieder zur Verfügung steht?

IX. 3. Abgeordneter **Krüger**

Glaubt die Bundesregierung die für die Hauptentschädigungsauszahlung erforderlichen Vorfinanzierungsmittel in Höhe von insgesamt 700 Millionen DM rechtzeitig beschaffen zu können?

IX. 4. Abgeordneter **Krüger**

Wann werden die Einschränkungsrichtlinien des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes vom 19. Januar 1963 wieder aufgehoben?

IX. 5. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund eines wahrscheinlich falsch interpretierten Rundschreibens des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes in Kreisen der Lastenausgleichsgeschädigten das Gerücht verbreitet wird, die Barauszahlung der Hauptentschädigung werde ganz oder teilweise gestoppt, daß zu Protestaktionen aufgerufen wird und verschiedene Ausgleichsämter die Barauszahlung für einzelne nach der Hauptentschädigungsanweisung zu bedienende Tatbestände verweigern oder hinauszögern?

IX. 6. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Ist sichergestellt, daß in gleichem Umfang wie bisher anerkannte und nach den Tatbeständen der Hauptentschädigungsweisung auszahlungsreife Anträge auf Hauptentschädigung nach normaler Bearbeitungszeit in den nächsten Wochen und Monaten auch mit Barzahlungen bei allen Ausgleichsämtern bedient werden?

IX. 7. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Beabsichtigt die Bundesregierung Verhandlungen wegen der wiederholt angekündigten Beschleunigung der Abwicklung des Lastenausgleichs auch durch Barzahlungen mit den Ländern aufzunehmen, die — abgesehen von den Lastenausgleichsabgaben — den überwiegenden Anteil des Aufkommens der öffentlichen Hand für den LAG-Fonds tragen?

IX. 8. Abgeordneter **Vogt**

Welche Praxis wird hinsichtlich der Veröffentlichung von Urteilen des BFH geübt?

IX. 9.	Abgeordneter **Vogt**	Warum ist das BFH-Urteil vom 6. März 1953 - III 13/52 - nicht veröffentlicht worden?
IX. 10.	Abgeordneter **Vogt**	Welche Meinung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Wirkung des BFH-Urteils vom 6. März 1953 - III 13/52 - auf vorher bereits rechtkräftige Einheitswertfeststellungen oder Veranlagungen zur Vermögensabgabe, denen eine von dieser höchstrichterlichen Entscheidung abweichende Rechtsauffassung der Verwaltung zugrunde liegt, die zum Nachteil der Veranlagten — insbesondere Städte und Gemeinden — praktiziert wurde?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1.	Abgeordneter **Dr. Wuermeling*)**	Entspricht es den Richtlinien der Politik der Bundesregierung, daß der Anteil der Familien mit Kindern am Sozialprodukt in den letzten Jahren offensichtlich immer mehr zugunsten des Anteils der Alleinstehenden und kinderlosen Verheirateten (vgl. „Rheinischer Merkur" vom 25. Januar 1963 und Bundestagsprotokoll vom 7. Februar 1963, S. 2645 ff.) geschmälert wurde?
X. 2.	Abgeordneter **Dr. Wuermeling*)**	Will die Bundesregierung darauf bestehen, daß der wachsende wirtschaftliche Rückstand der Familien mit Kindern noch durch zusätzliche Sonderbelastungen gerade dieser Familien bei der Krankenversicherungsreform vergrößert wird?
X. 3.	Abgeordneter **Dr. Wuermeling*)**	Ist die Bundesregierung bereit, gegenüber neuen Forderungen von Interessengruppen, die bereits durch Gewährung von Überbrükkungszahlungen bevorzugt wurden, den vom stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU Abg. Schmücker im Plenum am 7. Februar vertretenen Standpunkt durchzuhalten, daß jetzt zunächst einmal familienpolitisch vorgegangen und auf anderes verzichtet werden müsse, um wahrhaftig zu bleiben?
X. 4.	Abgeordnete **Frau Schanzenbach**	Trifft es zu, daß die Arbeitsverwaltung es ablehnt, Ausbildungsbeihilfen für soziale und pflegerische Berufe zur Verfügung zu stellen?
X. 5.	Abgeordnete **Frau Schanzenbach**	In wieviel Fällen sind in den letzten zwei Jahren für entlassene Schülerinnen der Volksschule die Kosten für den Besuch eines Haushaltsvolljahres von der Arbeitsverwaltung übernommen worden?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

X. 6. Abgeordneter **Fritsch**

Billigt die Bundesregierung die Auflösung zahlreicher Melde- und Zahlstellen für Arbeitslose im Bayerischen Wald durch die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Hat die Bundesregierung die Erfahrungen der Straßenbehörden in den USA mit Maschendrahtzäunen geprüft und ist sie bei positiver Beurteilung bereit, auch in der Bundesrepublik anstatt der Leitplanken diese Maschendrahtzäune einzuführen?

XI. 2. Abgeordneter **Oetzel**

Beabsichtigt die Bundesregierung für Oeltransportwagen im Straßenverkehr und für die Fahrer derselben verschärfte Zulassungsbedingungen einzuführen, um die in letzter Zeit sich häufenden Unfälle und die damit sehr oft verbundenen Trinkwasserverschmutzungen weitmöglichst einzuschränken?

XI. 3. Abgeordneter **Stingl**

Inwieweit treffen Berichte zu, daß die Flugpreise von und nach Berlin erhöht werden und daß verbilligte Hin- und Rückflüge künftig wegfallen sollen?

XI. 4. Abgeordneter **Kubitza**

Stimmen die Pressemeldungen, wonach sich die für 1965 in Aussicht genommene Fertigstellung der Autobahnstrecke Würzburg — Schweinfurt sowie die für 1966 vorgesehene Strecke Schweinfurt — Brückenau aus Mangel an Mitteln verzögert?

XI. 5. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, bei der Deutschen Bundesbahn anzuregen, daß die in den Bahnhöfen aushängenden Verzeichnisse über Ankunft und Abfahrt der Züge in Kleinformat gedruckt und den Interessierten als Werbeschrift oder gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden?

XI. 6. Abgeordneter **Wittrock**

Anerkennt die Bundesregierung die Notwendigkeit, durch eine Regelung in der Straßenverkehrs-Ordnung einheitlich und für das gesamte Bundesgebiet verbindlich ein amtliches Verkehrszeichen für ein besonderes Halteverbot an Feuerlöschhydranten zu schaffen, um so einen durch haltende Kraftfahrzeuge unbehinderten Einsatz der Feuerwehren zu gewährleisten?

XI. 7. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist es richtig, daß wegen Strommangels schon seit Juni 1962 im Betriebswerk Kornwestheim folgende Züge mit Dampf statt mit Elektrolokomotiven gefahren werden: 8116, 8167, 15114, 8810, 6708, 8817, 8007, 6850, 5325, 9212, 6701, 8804, 8177, 6859, 6722, 6706, 6872, 6713 und 6732?

XI. 8.	Abgeordneter **Dr. Mommer**	Ist es richtig, daß Anfang Dezember 1962 z. B. auf der Strecke Stuttgart-München wegen Spannungsabfalls die Güterzüge auf Wartestellung gehen mußten und trotzdem die Fernschnellzüge bis zu zwei Stunden Verspätung hatten?
XI. 9.	Abgeordneter **Liehr**	Kann die zum 1. April 1963 beabsichtigte, im Schnitt 10%ige Erhöhung der Tarife im Flugverkehr von und nach Berlin durch zusätzliche Subventionen der Bundesregierung ausgeglichen werden?
XI. 10.	Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits in Erwägung gezogen, um eine möglichst rasche Behebung der durch den übernormal starken Winter in wesentlich umfangreicherem Maße aufgetretenen Frostschäden zu gewährleisten und damit die besonders betroffenen Gebiete und deren Wirtschaft vor auftretenden Sonderbelastungen zu bewahren?
XI. 11.	Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Kann damit gerechnet werden, daß die Bundesregierung durch Vorausbewilligung von Mitteln eine Inangriffnahme der durch Frostschäden verursachten Instandsetzungsarbeiten zumindest für die Gebiete gewährleistet, die nur über eine oder ganz wenige Positivstraßen verfügen?
XI. 12.	Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Ist die Bundesregierung bereit, bei Maßnahmen zur Behebung der erheblichen Frostschäden dem Allgäu eine besondere Dringlichkeit zuzubilligen, um die dort ansässige marktferne Landwirtschaft und Industrie vor weit überhöhten Mehrbelastungen, ja zum Teil vor Existenzgefährdungen zu bewahren?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XII. 1.	Abgeordneter **Ertl**	Wann werden die technischen Voraussetzungen gegeben sein, damit alle Teilnehmer des Fernsehens auch die Möglichkeit erhalten, das 2. Programm zu empfangen?
XII. 2.	Abgeordneter **Schwabe**	Hält es der Herr Bundespostminister für möglich, die oft außergewöhnlich langen Wartezeiten der Fernsprechteilnehmer im Bonner Hauptbahnhof durch die Aufstellung einiger weiterer Münzfernsprecher abzukürzen?
XII. 3.	Abgeordneter **Dr. Kohut**	Warum lehnen Bundespostministerium und nachgeordnete Stellen seit drei Jahren die Errichtung einer öffentlichen Fernsprechstelle auf dem Bahnhof Neu-Isenburg ab, obwohl der Bahnhof außerhalb der Stadt, mitten im Wald gelegen ist und nachts eintreffende Reisende keine Möglichkeit haben, ein Taxi herbeizurufen?

XII.	4. Abgeordneter **Dr. Kohut**	Ist dem Herrn Bundespostminister bekannt, daß den Benutzern der internationalen Auto-Reisezüge, die in Neu-Isenburg ent- und beladen werden, verwehrt wird, den Dienstfernsprecher zu benutzen, obwohl keine andere Fernsprechmöglichkeit vorhanden ist, weil dadurch der Schalterbetrieb gestört wird?
XII.	5. Abgeordneter **Schwabe**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Postangehörige, die im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen nur in Dienststellen außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt werden können und die ihren Umzug wegen eines Eigenheimes oder aus anderen Gründen ablehnen, durch die ihnen täglich entstehenden Fahrtkosten zusätzlich zu dem entstehenden Zeitverlust stark belastet werden?
XII.	6. Abgeordneter **Schwabe**	Ist die Bundesregierung bereit, die Möglichkeit von Freifahrten auf Kraftpostlinien von und zur Arbeitsstätte für Postbedienstete, die einen Umzug aus den in Frage XII./5. dargelegten Gründen ablehnen, betrieblich und finanziell zu prüfen?
XII.	7. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen**	Ist der Herr Bundespostminister bereit, die Verordnung zur Einführung von Gebühren für Post- und Paketabholer ab 1. März 1963 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 13 des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen) angesichts der großen Erbitterung, die diese Maßnahme bei allen Betroffenen hervorgerufen hat, nochmals zu überprüfen bzw. zu ändern, zumal es sich hier um eine neue Gebührenbelastung eines Kundenkreises der Deutschen Bundespost handelt, der durch Selbstabholung der Post- und Paketsendungen den Zustelldienst nicht belastet, sondern entlastet?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII.	1. Abgeordneter **Dr. Kohut**	Wie viele Leprakranke gibt es in der Bundesrepublik?
XIII.	2. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**	Welche Vorstellungen hat das Bundesgesundheitsministerium von der Förderung des Nachwuchses an Krankenschwestern insbesondere im Hinblick auf eigene und ausländische Erfahrungen?
XIII.	3. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**	Ist es zutreffend, daß in der Bundesrepublik verwendete Haarsprühmittel zu Gesundheitsschäden führen können?
XIII.	4. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**	Sieht das Bundesgesundheitsministerium im Falle der Schädlichkeit von Haarspray eine Möglichkeit, entsprechende Vorsorge zu treffen?

Bonn, den 1. März 1963